

Alle kommen zum 1. Mai

Wir von ver.di treffen uns um 10:45 auf dem Tbilisser Platz in Saarbrücken. Um 11 Uhr startet von dort die Maidemonstration hinauf zum Schloss.



12 Uhr Kundgebung

Saarbrücker Schloss

- Timo Ahr
 Stv. Vorsitzender
 DGB Rheinland-Pfalz / Saarland
- Ralf Reinstädtler Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Familienfest mit Musik

- Essens- und Getränkestände
- Hüpfburg und Kinderbelustigung





1. Mai-Aufruf 2024: "Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit"

Unsere Antwort heißt Solidarität!

Wir Gewerkschaften sorgen dafür, dass sich die Menschen den vielen Umbrüchen unserer Zeit nicht schutzlos ausgeliefert fühlen müssen. Gemeinsam mit 5,7 Millionen Gewerkschafter*innen im DGB kämpfen wir jeden Tag für die Rechte der Beschäftigten. Dass sich im vergangenen Jahr 437.000 neue Kolleg*innen unserem Kampf angeschlossen haben, gibt uns Rückenwind – gerade, wenn wieder unsägliche Rufe nach einem neuen Streikrecht laut werden. Unsere Antwort heißt Solidarität. Nur so lassen sich Arbeitsrechte erkämpfen.

Tarifwende jetzt!

Immer mehr Arbeitgeber stehlen sich aus ihrer sozialen Verantwortung. Deshalb brauchen wir jetzt eine Tarifwende. Gemeinsam machen wir uns für eine höhere Tarifbindung stark. Denn sie bringt viele Vorteile – mehr Geld, bessere Arbeitsbedingungen, sichere Zukunftsaussichten, mehr Lebensqualität. Mit Tarifvertrag ist einfach mehr drin: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.

Mehr Sicherheit durch einen gerechten Wandel!

Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt werden klimaneutral und digital. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel sozial gerecht zu gestalten. Dafür brauchen wir mehr Mitbestimmung, denn Transformation gelingt nicht ohne die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Wir sorgen dafür, dass den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnet werden: durch Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung. Wir passen auf, dass die Lasten gerecht verteilt werden. Wir machen aus technischem Wandel sozialen Fortschrift.

Mehr Sicherheit durch einen aktiven Staat!

Der Staat muss endlich wieder handlungsfähig werden. Jeder Euro, der jetzt richtig investiert wird, führt morgen zu mehr Wohlstand. Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und muss dringend reformiert werden. Und der Sozialstaat muss verlässlich bleiben. Bei Krankheit, im Alter, bei Arbeitslosigkeit: Beschäftigte brauchen ein starkes Sicherheitsnetz in der Arbeitswelt. Das gilt gerade jetzt.

Gemeinsam für eine starke Demokratie!

Die Lösung für die aktuellen Herausforderungen liegt im Miteinander und nicht in Hass und Spaltung. Wir werden die Demokratie verteidigen – in den Betrieben, an den Werkbänken und Schreibtischen und auf der Straße. Mit den Betriebs- und Personalräten gestalten wir Demokratie vor Ort. Im Wahljahr 2024 kommt es auf uns alle an. Klar ist: Die Rassisten und Rechtspopulisten vertreten nicht die Interessen der Beschäftigten. Gute Löhne, sichere Arbeit, Arbeitnehmerrechte, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und Sicherheit im Alter – von der AfD haben Beschäftigte nichts zu erwarten. Wir sagen: Wählt Zukunft, wählt demokratisch!

Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Dafür kämpfen wir – am 1. Mai und an jedem anderen Tag im Jahr.

Mit uns ist mehr drin: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.

Anmerkung eines Kollegen

Am 1. Mai demonstrieren wir auch für Abrüstung und den Frieden

Seit 1890 demonstrieren die abhängig Beschäftigten in aller Welt für ihre Rechte. Und jedes Jahr gibt unser Dachverband, der DGB, dazu einen Aufruf heraus. Auch dieses Jahr. "Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit" lautet das Motte. Wir haben den Aufruf abgedruckt.

Ohne Frage werden wichtige Themen angeschnitten. Es geht um unser Streikrecht, um sichere Arbeit und mehr Gehalt. Es geht um den Sozialstaat und ganz dringend um eine höhere Tarifbindung.

Aber erlaubt einen Zwischenruf eines Gewerkschafters, der auch etwas vermisst. Zum Schluss heißt es zwar "Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand - dafür kämpfen wir," aber müssten wir nicht deutlicher machen wie zentral die Friedensfrage ist? Der Zusammenhang zwischen Hochrüstung einerseits und dem Angriff auf Gesundheit, Bildung und Soziales ist nun mal gegeben. Es sind die abhängig Beschäftigten, die in erster Linie die Kriegspolitik bezahlen müssen.

Schon mit der wahnsinnigen Sanktionspolitik katapultieren wir uns ins Aus. Die durch den Krieg mitverursachte Energiekrise setzt Deutschland zunehmend unter Druck. Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Energiekosten droht die Abwanderung der energieintensiven Industrie, was den Verlust von Arbeitsplätzen ebenso nach sich ziehen könnte wie eine Einschränkung von Organisations- und Produktionsmacht in den gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen der Industrie. Wir müssen die Zusammenhänge zwischen der Kriegspolitik und dem Abbau der sozialen und demokratischen Rechte benennen, wenn wir erfolgreich unsere Interessen verteidigen wollen.



Wir müssen uns entscheiden. Waffen oder Butter. Das gilt auch für den klimaneutralen Industrieumbau, der für uns an der Saar so wichtig ist. Wenn aber notwendige Investitionen für den Klimaschutz anderweitig gebunden werden, dann wächst das Risiko, dass die Klimawende in Deutschland verschleppt wird. Auf den Schlachtfeldern in der Ukraine und anderswo da sterben unsere Kolleginnen und

Kollegen, nicht etwa die Reichen, die Besitzenden und Mächtigen. Wenn wir jetzt auf den großen Krieg vorbereitet werden sollen, dann bedarf es unseres Widerstandes. Jetzt soll geübt werden, Investitionen in die Infrastruktur nur damit die Panzer besser über die Autobahnbrücken kommen, Die Beschäftigte im Gesundheitswesen und bei den Hilfsorganisationen sollen auf den Kriegseinsatz vorbereitet werden. Wir sollen kriegstüchtig werden. Unsere Kinder werden auf den Heldentod vorbereitet.



Der DGB hatte zu den diesjährigen Ostermärschen aufgerufen. Wir vom Ortsverein der ver-.di hatten uns mit 40 Kolleginnen und Kollegen beteiligt, wir verstehen uns als Gewerkschafter als Teil der Friedensbewegung. Schon der ehemalige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter betonte 1979: "Dass wir als Gewerkschafter gegen den Krieg, gegen jeden Krieg sind, ist doch selbstverständlich. Unsere Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen mit Kriegstreibern und Mördern entstanden." Die Vorstellung eines gerechten Friedens war und bleibt das verbindende Element zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung, schrieb IGM-Kollege Hans-Jürgen Urban, den wir gerade letzte Woche in Saarbrücken zu Gast hatten. Es gehe um einen Frieden, der durch die Beseitigung von Armut, die Garantie sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Solidarität erst die Grundlage für stabile demokratische Verhältnisse liefere. Nur auf dieser Basis könne sich Demokratie entwickeln.

Kein Zweifel, die neue Weltordnung ist intransparent und schwer zu durchblicken. Das betont auch der Kollege Urban. Wir sollten uns vor einfachen Antworten auf komplexe Problem hüten. Aber eines liegt auf der Hand. Mit dem neuen Rüstungswettlauf, der für Kriegsgerät verschlingt, was wir Menschen dringend brauchen, ist der Friede im 21. Jahrhundert nicht zu sichern.

Und deshalb müssen wir - nicht nur am 1. Mai - auch für den Frieden demonstrieren. Denn: Ohne Frieden ist alles nichts.

Michael Quetting

Urban und Hirschel zu Gast in Saarbrücken

Den Herausforderungen stellen

Energiekrise, Schuldenkrise, Klimakrise, "Migrationskrise" – Krieg, Pandemie, Inflation, soziale Spaltung. Die komplizierte Gemengelage vereinigt sich einer gesamtgesellschaftlichen Krise, die grundlegende Fragen nach systemischen Veränderungen aufwirft.



Es gilt, den derzeit ergebnisoffenen Transformationsprozess in eine fortschrittliche Rich-



tung zu lenken und ein sozial und ökologisch nachhaltiges Entwicklungsmodell zu etablieren



 auch damit antidemokratische und rechte Strömungen nicht weiter an Zuspruch gewinnen. So der Anspruch an die Veranstaltung, die wir von ver.di, OV Saar, gemeinsam mit der IG Metall und der Arbeitskammer des Saarlandes am 23. April durchführten. 65 Kol-



leginnen und Kollegen waren in den Großen Saal der Arbeitskammer gekommen und durften eine der spannendsten Veranstaltungen des Jahres erleben.

Der Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer Thomas Otto thematisierte schon in seiner Begrüßung die Systemfrage und rief dazu auf kapitalismuskritisch die aktuelle Lage zu betrachten, man dürfe nicht länger alles dem Markt überlassen.



Der Vorsitzende des ver.di-Ortsvereins Rainer Tobae berichtete von der Gründungsversammlung des Ortsvereins letzten Jahres, wo die Idee zu dieser Veranstaltung entstanden war. ver.di wolle in die Auseinandersetzungen eingreifen und sich für eine Transformation im Interesse der arbeitenden Menschen einsetzen. Vorschläge wie jüngst von der Jungen Union, nach Umbau der Industrie hin zu Militär und Rüstungsbetrieben erteilte er unter Beifall eine deutliche Absage. Rainer unterstrich die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes der Gewerkschaften, nannte nicht nur Beispiele. sondern unterstrich die Notwendigkeit im Transformationsgeschehen auch die Dienstleistungsbranche mitzudenken.

Kollege Dr. Hans-Jürgen Urban von der IG Metall ergriff als erster das Wort und beschrieb die Dynamik der akuten historischen Ausnahmesituation, die er als Polykrise bezeichnet. Die Umbrüche wie die externen Schocks wie Corona und Krieg verlange von den Gewerkschaften einen Kampf um Hegemonie. Neben dem Widerstand gegen Krisenerscheinungen sei Aufklärungsarbeit verbunden mit einem





Angebot an solidarischen Lösungen nötig. Auch müsse man Perspektiven aufzeigen. Die Eliten seien nicht mehr in der Lage, die Krisen mit althergebrachten Mitteln zu lösen. Wer



weiterhin meine, auf den Markt setzen zu können, werde ein Desaster erleben. Der Staat würde zur Steuerung der Transformation gebraucht. Damit diese gelänge brauche es al-

Treffen im Mai

Der Ortsverband der ver.di Saar trifft sich im Mai am Donnerstag, 16.5. um 18:00 Uhr im ver.di-Haus in der St. Johanner Straße 49 in Saarbrücken, parken auf dem ver.di Parkplatz hinter dem Haus über die Hafenstraße ist möglich.



lerdings einen sozial-ökologischen Umbau. Ohne demokratische Mitsprache und Ausbau der demokratischen Rechte wäre das nicht möglich. Man dürfe die Situation nicht vereinfachen und man müsse klare Kante gegenrechte Rattenfänger zeigen während man gleichzeitig für die verunsicherte Bevölkerung eine offene Tür haben müsse.

Dr. Dierck Hirschel von ver.di war aus Berlin zu der spannenden Diskussion nach Saarbrücken gekommen. Der Bereichsleiter Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand beklagte den Utopie-Verlust und meinte wie sein Vorredner, dass die Bevölkerung ihr Vertrauen in die Re-



gierenden verloren habe. Allerdings vermisse er Debatten über Alternativen, man brauche eine Vision vom guten Leben. Auch er verlangte mehr demokratische Rechte und offenbarte sich als Verfechter einer Wirtschaftsdemokratie, dessen Konzept er umfassend erläuterte. Im Anschluss moderierte die Leiterin der Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik der Arbeitskammer, Carina Webel, sehr fachkompetent sowohl die Diskussion mit den zwei Spitzenfunktionären der größten deutschen Gewerkschaften und als auch mit dem Publikum. Dabei fragten die Debattierenden wie es gelänge, die Kolleginnen und Kollegen für die notwendigen Kämpfe zu motivieren. Ein Diskutant warf die Frage nach den aktuellen Kriegen im Nahost und der Ukraine auf und zweifelte, ob angesichts der verkündeten Zeitenwende, die Aufgabe eines demokratischen ökologischen Umbaus bei gleichzeitiger Notwendigkeit für Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur überhaupt gelingen könne. Über das "Wie" wird weiter zu reden sein. Beim kleinen Imbiss fingen die Teilnehmer schon mal damit an. Es gibt weiterhin viele Fragen, aber an diesem Dienstag gab es auch Antworten.

